

1331/J XXI.GP  
12.10.2000

## ANFRAGE

der Abgeordneten Moser, Freundinnen und Freunde  
an die Bundesministerin für Soziales, Gesundheit und Generationen

betreffend Lebensmittelkontrolle

Die häufigen Schlagzeilen über Rinderwahn, Hormone, Antibiotika, Gentechnik oder sonstiger Chemie in der Nahrung verunsichern die Konsumentinnen und Konsumenten in zunehmenden Ausmaß. Die Skandale am Lebensmittelsektor scheinen nicht mehr abzubreßen. Der Lebensmittelkontrolle kommt daher eine immer größere Bedeutung zu. Doch für die politisch Verantwortlichen ist dieses Problem einmal mehr ein unbequemes Thema. Obwohl der Aufgabenbereich für die Lebensmittelkontrolle immer umfangreicher und komplexer wird, erfolgen keine weiteren Investitionen im Bereich der Lebensmittelkontrolle; im Gegenteil: Einsparungen waren und sind die Folge. So läuft die österreichische amtliche Lebensmittelüberwachung, die bis vor kurzem im europäischen Durchschnitt sicherlich im Spitzensfeld zu finden war, Gefahr diesen Status zu verlieren.

Seit nunmehr 70 Jahren (!), wird ein Neubau oder eine räumliche Erweiterung der Bundesanstalt für Lebensmitteluntersuchung und -forschung gefordert (Festschrift 1930).

Die Kürzung der Ressortmittel um 15% führte dieses Jahr zu einer Nullrunde bei der Gerätebeschaffung. Früher standen rund 16 Millionen für alle Bundesanstalten in den Ländern zur Verfügung, nächstes Jahr werden es 8 Millionen sein.

*„Es vergeht auch kaum ein Jahr, ohne dass Österreich in dem einen oder anderen Punkt von der Europäischen Kommission ‚eingeladen‘ wird, seinen Verpflichtungen nachzukommen, d.h. mehr als bisher zu tun, namentlich im Bereich der Überwachung auf Kontaminanten und Rückstände.“*

BA für Lebensmitteluntersuchung in Linz, Jahresbericht 1999, Seite 18

Denn zusätzliche Investitionen sind unausweichlich! Dies betrifft die Aufstockung des Personals, neue Ausbildungsprogramme (Spezialisierungen) sowie für neue Kontrolleinrichtungen. Auch sollte daran gedacht werden, so wie in Deutschland ein Lebensmittel - Monitoring einzuführen, das allfällig erforderliche Schwerpunktsetzungen aufzeigen könnte. Eine Ausweitung der Kontrolldichte und der Kontrollfrequenz ist zum Schutz der KonsumentInnen unumgänglich, da durch die Teilnahme am Binnenmarkt immer mehr und neue Produkte auf den Markt gelangen. Aus diesem Grund sollte vor allem auch die Informationstätigkeit der amtlichen Lebensmittelüberwachung massiv ausgebaut werden.

Will man also das Kontrollniveau in Österreich aufrechterhalten bzw. verbessern, muss in Zukunft mehr Personal zur Verfügung gestellt werden. Für diese Maßnahmen bedarf es erheblicher finanzieller Mittel.

Wie jedoch aus einer Anfrage der Grünen hervorgeht, sinkt der Personalstand der staatlichen Lebensmitteluntersuchungsanstalten kontinuierlich. Allein von 1992 bis 1998 sank der Personalstand von 249 Bediensteten auf 232.

*„Die Verbesserung der Personalsituation im Frühjahr 1998 - Aufnahme einer Molekularbiologin und eines HTL - Biochemikers mit befristeten Dienstverträgen - verschlechterte sich wieder schlagartig im Frühjahr 1999: beide bestens eingeschulte, vollwertig einsetzbare und äußerst motivierte Mitarbeiter mussten die Bundesanstalt aufgrund des Auslaufens der Dienstverträge wieder verlassen. Dies in einer Zeit der noch abzuschließenden bzw. schon wieder anlaufenden Aktionen! Als Folge mussten aus kapazitätsgründen 28 Proben aus dem Vorjahr storniert werden. Auch die Ausarbeitung von Verfahren zur Quantifizierung von GVO - Anteilen mit dem Real - Time PCR - System „TaqMan“, das der Molekularbiologin anvertraut worden war, musste eingestellt werden.“.*

Tätigkeitsbericht 1999 des BALUF Wien, Seite 109

Ebenso reduzierten sich die aufgewendeten finanziellen Mittel des Bundes für die Lebensmittelkontrolle im Zeitraum 1994 - 1997 von 188 Mio. ÖS auf 176 Mio ÖS. Generell ist festzuhalten, dass diese Beträge für die neuen und künftigen Aufgaben der Lebensmittelkontrolle viel zu gering sind. Eine massive Aufstockung der Mittel für die Kontrolle von Lebensmitteln ist unerlässlich.

Dementsprechend weniger Probennahmen wurden in den letzten Jahren in Österreich vorgenommen. Während 1985 über 52.000 Proben gezogen wurden, waren es 1993 noch 47.501 und 1998 nur mehr 43.115. Der Rückgang der Probennahmen von 1993 auf 1998 beträgt rund 9%.

Zudem wird jetzt auch noch daran gedacht, die Lebensmitteluntersuchungsanstalten zu privatisieren und auszugliedern. Aus diesem Grund stellen die unterzeichneten Abgeordneten folgende

### **Anfrage**

1. Wie stehen Sie persönlich zur Privatisierung bzw. Ausgliederung der Bundesanstalten für Lebensmitteluntersuchung und -forschung?
2. In welchen EU - Mitgliedstaaten ist die amtliche Lebensmittelüberwachung privatisiert bzw. ausgegliedert und seit wann?
3. Welche Grundmotive liegen ihrer Überlegung zur Ausgliederung bzw. Privatisierung der amtlichen Lebensmittelüberwachung zugrunde?
4. Sie haben eine Arbeitsgruppe in Ihrem Ressort eingerichtet, die die notwendigen Informationen erarbeiten soll, auf deren Grundlage diese Frage entschieden werden soll. Welche Personen sitzen in dieser Arbeitsgruppe und bis wann sollen konkrete Ergebnisse vorliegen?

5. Unabhängig von den Ergebnissen der Arbeitsgruppe, bzw. werden ja wohl bereits Zwischenergebnisse vorliegen, müssen doch gewisse Grundüberlegungen für eine Ausgliederung angestellt werden. Ist die Zusammenlegung der BALUF mit anderen Instituten geplant? Wenn ja, mit welchen und in welchem Zeitraum? Wo, d.h. welcher Standort ist für die BALUF bzw. die anderen Institute vorgesehen?
6. Ist damit zu rechnen, dass Standorte von Lebensmitteluntersuchungsanstalten geschlossen werden? Wenn ja, welche und in welchem Zeitraum?
7. Halten Sie den derzeitigen Personalstand für die amtliche Lebensmittelüberwachung für ausreichend?
8. Halten Sie die derzeitige Budgetierung der amtlichen Lebensmittelüberwachung für ausreichend?
9. Denken Sie daran die Kontrolldichte bzw. Kontrollfrequenz zu erhöhen? Wenn ja, wie und wie soll diese finanziert werden?
10. Kommt es aus Ihrer Sicht aufgrund des EU - Binnenmarktes zu qualitativ und quantitativ neuen Aufgaben bzw. einem verstärkten Aufwand für die amtliche Lebensmittelüberwachung? Wenn ja, warum unternehmen Sie nichts, damit diesen neuen Anforderungen zum Schutz der österreichischen KonsumentInnen entsprochen wird?
11. Wie stehen Sie zu folgendem Zitat: „**Budgetbedingte Einsparungen bei den Anlagen in den letzten drei Jahren sind aus unserer Sicht problematisch, da von den Bundesanstalten für Lebensmitteluntersuchung zusätzliche Aufgaben verstärkt bewältigt werden müssen (z.B. Monitoring, gentechnisch veränderte Lebensmittel)**“.
12. Wie wollen Sie, als Gesundheitsministerin und Konsumentenschutzministerin für den Bereich Lebensmittel, den Schutz der österreichischen KonsumentInnen gewährleisten, wenn Sie nichts gegen die finanzielle Aushöhlung der amtlichen Lebensmittelüberwachung unternehmen und sogar ihre eigenen Kompetenzen abgeben wollen, indem Sie selbst eine Ausgliederung bzw. Privatisierung vorschlagen?
13. Ist es wirklich Ihr Verständnis von einer funktionierenden amtlichen Lebensmittelüberwachung, die rein zum Schutz der KonsumentInnen agieren sollte, wenn diese privatisiert wird und plötzlich Marktmechanismen unterliegt?
14. Führten Sie im Zusammenhang mit der Ausgliederung bzw. Privatisierung der amtlichen Lebensmittelüberwachung auch Gespräche mit Ihrem Kollegen Landwirtschaftsminister Molterer, bzw. gab es Gespräche diesbezüglich zwischen Ihrem und BM Molterers Ressort? Wenn ja, wie viele, wann und was hatten diese Gespräche zum Inhalt?